

Der Zertil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Memeler Str. 8/9
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegramm-Adresse: Zertil-Praxis Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Gebms, Berlin D 24
Memeler Straße 8/9 (Postfachkonto 5388), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnpaltige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Die Wirtschaftslage in der Textilindustrie und die Arbeitslosenunterstützung. — Josef Glanzmann †. — Die Kette (I). — Betriebs- oder Ortskrankenkassen? — Der Beschäftigungsgrad in der deutschen Textilindustrie im Monat November 1925. — Verbandstag der tschechoslowakischen Arbeiterorganisation. — Zum Schiedspruch in der schlesischen Textilindustrie. — Frauen-, Jugend- und Betriebsrätezeitung. — Kommunistische Konfusion — Gewerkschaftliches. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Rätselrede. — Bekanntmachungen des Vorstandes. — Anzeigen.

Die Wirtschaftslage in der Textilindustrie und die Arbeitslosenunterstützung.

Im Monat November hat sich die Lage des Arbeitsmarktes erheblich verschlechtert. Betriebseinschränkung und Stilllegungen großen Stils werden alltäglich gemeldet. Klagen über Auftragsmangel, schlechter Zahlungseingänge und Verluste werden von überallher laut. Die Arbeitslosenziffer ist ständig im Steigen begriffen und die Zahl der Kurzarbeiter wird auf mehr als 1,4 Millionen geschätzt. In der Textilindustrie ist die Zahl der Arbeitslosen im November gegenüber dem Monat Oktober von 8,324 auf 11,877 gestiegen. Die der Kurzarbeiter von 46,117 auf 76,207. Diese Verschlechterung des Arbeitsmarktes in der Textilindustrie ist ungeheuer. Dabei überstürzen sich täglich die Notbotenschaften über weitere Verschlechterung des Wirtschaftsbildes. Die Not der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist geradezu fürchterlich, trotzdem wir uns erst am Anfang der Krisis befinden. Die Arbeiterschaft hat bei voller Arbeit hart mit allerlei Sorgen und Not zu kämpfen gehabt, da die Löhne der deutschen Arbeiterschaft, namentlich der Textilarbeiter nur ein kümmerliches Existenzminimum bedeuten. Die Kindersterblichkeitsziffer erhöht sich forciert. Durch die steigenden Lebenshaltungskosten wurde die Notlage der Arbeiterschaft immer trasser. Tausende und aber Tausende wissen jetzt nicht mehr, woher sie das allernotwendigste, was sie zum Leben brauchen, nehmen sollen und dabei steht der Winter vor der Tür. Die Notlage der breiten Masse wirkt geradezu beunruhigend.

Durch reaktionäre Presseäußerungen aus dem Unternehmerlager wird die Beunruhigung der breiten Massen besonders noch geschürt. Wir möchten an dieser Stelle nur auf zwei in der letzten Zeit erschienenen Presseäußerungen hinweisen. Da ist zunächst die „D.Z.“, Nr. 578, vom 9. Dezember zu nennen. Die „D.Z.“ gehörte früher dem Stinneskongern, in neuerer Zeit vertritt sie in erster Linie die Interessen einer bestimmten Richtung in der Textilindustrie. Dr. Weber-Baughen ist der Hauptinhhaber der „D.Z.“. Die „D.Z.“ bringt in der angelegenen Nummer einen Artikel, betitelt „Kurzarbeit“, in welchem sie sich gegen die Einführung einer Kurzarbeiter-Fürsorge wendet. Die „D.Z.“ schreibt unter anderem wörtlich: „Es erscheint völlig ausgeschlossen, die deutsche Wirtschaft im Augenblick einer sich ausbreitenden Krise mit neuen erheblichen Lasten, die die Krise nur noch verschärfen, zu bedenken. Gerade bei der Kurzarbeiterunterstützung sind die unproduktiven Verwaltungskosten besonders groß. Ferner liegt in einer Kurzarbeiterunterstützung eine verdeckte Zuschußgewährung an Unternehmungen, deren Aufrechterhaltung keineswegs mehr im volkswirtschaftlichen Interesse liegen kann.“

Die Brutalität und Rücksichtslosigkeit, die aus jenen zwei Sätzen herauspricht, kann wohl durch nichts überboten werden. Die Arbeiterschaft soll tatsächlich das Opfer einer verkehrten Wirtschaftspolitik werden. Dem Unternehmertum ist es ganz gleichgültig, was aus der Arbeiterschaft in Zeiten der Not wird. Es ist dies zwar kein Geheimnis, aber daß man dies so brutal auszusprechen magt zeigt doch, wessen das Unternehmertum und dessen Soldschreiber fähig sind.

Auf der gleichen Linie liegt eine andere Äußerung im Wirtschaftsspiegel: „Der Spinner und Weber“ in Nr. 91. Es heißt dort:

„Die Schwerindustrie hat, wie es scheint, die wahre Lage nicht nur früher als andere erkannt, sie hat auch am ehesten gehandelt. Sie hat eine ganze Reihe von Zedern stillgelegt, Tausende von Arbeitern entlassen und hat auch ihre Erzeugung auf der bisherigen Höhe erhalten können.“

Ueber die in Not gebrachten Arbeiter wird kein Wort verloren. Die Hauptache ist für sie, das der Profit nicht leidet.

Wir verschließen uns keineswegs wirtschaftlichen Notwendigkeiten und wir wissen auch, daß unser Produktionsapparat mit schweren Mängeln belastet ist. Der Weg aber, den man hier gehen will, ist ungangbar und muß zu den schwersten Erschütterungen unseres Staats- und Wirtschaftslebens führen. Daß man jetzt in einer Zeit der schwersten Not eine Dr.-Eisenbahn durchzuführen will, zeigt, daß sie auf Kosten der Arbeiterschaft und gegen die Arbeiterschaft durchgeführt werden soll. Zweifellos glaubt man damit zu erreichen, was Dr. Weisinger in seiner Aktiennotiz festgelegt hat, nämlich die Befreiung jeder tariflichen Bindung. Das Unternehmertum hat ja sozusagen auf die Krisis gewartet, um in derselben ihre reaktionären Bestrebungen in die Tat umzusetzen. Eine Vereinigung der Wirtschaft von unproduktiven Betriebsanlagen wäre schon längst möglich gewesen, wenn die Unternehmer den Willen dazu gehabt hätten. Das Unternehmertum hat aber bisher lediglich den Tarifzwang, die sozialen Lasten und die Steuerbelastung als das Uebel bezeichnet, das die Konkurrenzmöglichkeit angeblich verhindert. Es hat nicht daran gedacht, durch geeignete Maßnahmen auf eine Vereinigung der Wirtschaft hinzuwirken. Die Inflationsdirektoren und sonstige unproduktive Stellen, die die Wirtschaft ganz ungeheuer belasten, sind noch nicht abgebaut. Das Unternehmertum hat bisher nicht das geringste Verständnis für eine Vereinigung der Wirtschaft aufgebracht. Die unproduktiven Betriebsanlagen würden sehr bald dem Abbruch verfallen sein, wenn die Unternehmer die Preisbildung dem freien Spiel der Kräfte überlassen hätten. Aber gerade dadurch, daß die Festlegung der Preise den Preisnotwendigkeiten und Kartellen vorbehalten blieb, wurden die Preise derart festgelegt, daß auch

Josef Glanzmann †

Einer der treuesten und edelsten Vorkämpfer der Arbeiterschaft ist plötzlich und unerwartet von uns geschieden. Kollege Josef Glanzmann ist 60 Jahre alt, in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag, 6. 12., infolge eines Schlaganfalles gestorben. Obwohl Glanzmann infolge eines früheren Schlaganfalles, der ihn ungefähr voriges Jahr um die gleiche Zeit traf, fast völlig gelähmt wurde und nur mit einem eigens für ihn konstruierten Krankenfahrzeug das Haus verlassen konnte, rechnete doch kein Mensch damit, daß dieser sonst kräftige Mann so rasch aus dem Leben scheiden würde. Wer hat Glanzmann in Oberbaden und weit darüber hinaus nicht gekannt? Als Gauleiter des Textilarbeiterverbandes vor und während des Krieges hat er in hundert Orten Badens und des Elsaß für die Sache der Textilarbeiterschaft gewirkt, vor tausenden und aber tausenden Arbeitern in den Versammlungen gesprochen. Selbst schon als Kind in den Spinnereien in Mülhausen i. E. tätig, hat er früh das harte Los der Textilarbeiterschaft auskosten bekommen. Während des Sozialistengesetzes war er eifrig in Mülhausen tätig. Frühzeitig hat er sich für seine Fachorganisation eingesetzt. Dies trug ihm bald den Haß und die Verfolgung der Arbeitgeber ein, so daß er im ganzen Elsaß keine Arbeit mehr finden konnte. In den 90er Jahren wandte er sich nach Norddeutschland und fand nach schwerem Ringen Arbeit in der Leipziger Baumwollspinnerei. Dort gründete Glanzmann die Leipziger Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes, die er lange Zeit ehrenamtlich leitete. Infolge seiner Tätigkeit wurde er auch in Leipzig gemahregelt, so daß ihm alle Fabriktore verschlossen blieben. Mülham gründete er sich dann mit seiner zahlreichen Familie (er hatte fünf Kinder) eine neue Existenz durch Übernahme eines Milchgeschäftes, um sich recht und schlecht durchs Leben zu schlagen. Später erwarb er eine eigene Wirtschaft und wurde Gastwirt. Im Jahre 1910 wurde Glanzmann dann vom Zentralvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes als Gauleiter für Baden und Elsaß berufen, welchen Posten er bis Frühjahr 1920 mit Erfolg versehen hat. Als er infolge seines krankhaften Zustandes den Posten als Gauleiter nicht mehr versehen konnte, trat er in den Fildienst der Geschäftsstelle Lörrach ein und verließ das dornenvolle Amt des Hauptkassierers, bis schließlich seine Nerven immer mehr zusammenbrachen und er unter Pension in den wohlverdienten Ruhestand versetzt wurde. Noch am vergangenen Sonntag sollte dem teuren Toten, der auf eine mehr als 30jährige Mitgliedschaft zurückblicken konnte, anlässlich der Feier für die Jubilare des Deutschen Textilarbeiterverbandes eine öffentliche Ehrung für seine verdienstvolle Tätigkeit zuteil werden. Es hat nicht sollen sein, indem er, der einen Tag vorher noch telephonisch seine unbeschreibliche Freude über diesen Ehrentag zum Ausdruck brachte, durch einen Schlaganfall, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, für immer die Augen schloß. Die Filiale Lörrach und der Textilarbeiterverband überhaupt verdanken dem Dahingegangenen unendlich Vieles, und wenn dereinst die Geschichte des Verbandes geschrieben wird, wird sein Name in goldenen Lettern erwähnt werden. Möge den schwergeprüften Hinterbliebenen die allseitige Teilnahme an dem Heimgang dieses vortrefflichen Mannes ein leichter Trost in dieser schweren Stunde sein. Die Textilarbeiterschaft und die Arbeiterschaft des oberbadischen Bezirkes werden ihm zeitlebens ein ehrendes Andenken bewahren!

die rückständigsten Betriebe mit Nutzen produzieren konnten. Wenn die Unternehmerorganisationen diesen von uns gekennzeichneten Weg gegangen wären, dann hätte sich in wenig fühlbarer Form eine Gesundung der Wirtschaft herbeiführen lassen. Das Verlangen der Unternehmer, keine Kurzarbeiterunterstützung zu gewähren, soll in der Praxis doch nur zur Folge haben, daß die Arbeiterschaft sich gegenseitig unterbietet, was im Schlusseffekt auf die Beseitigung der Tarifverträge hinauslaufen soll.

Daß die Unternehmer diese schwere Wirtschaftskrise zur Förderung ihrer Profitpolitik in jeder Hinsicht ausnützen werden, darüber braucht kein Wort verloren zu werden. Die Unternehmer haben ja nach dieser Richtung hin mit allen Mitteln vorgearbeitet. Ihre Eingaben an die Regierung über Lohn- und Sozialpolitik und ihre sonstigen, der Öffentlichkeit übergebenen Schriften sind ja zur Genüge bekannt. Daß den Unternehmern zur Erreichung ihrer Ziele jedes Mittel recht ist, ist der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände erst kürzlich in der Arbeiterpresse vorgehalten worden. Der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände ist zum Vorwurf gemacht worden, daß Wissenschaftler nicht nur Honorar für literarische Mitarbeit, sondern noch besondere finanzielle Zuwendungen bis in die letzten Tage hinein erhalten haben. Es sind Gelder unter sozialpolitischem Deckmantel als Darlehn für dunkle politische Zwecke gegeben worden. Es handelt sich hierbei um die Unterstützung völkischer Verbände. Die Vereinigung hat ferner direkt und indirekt enge Beziehungen zu angeblich sozialistisch und arbeiterfreundlichen Verlegern gepflegt und dadurch Tausende von „Aufklärungsschriften“ unter neutralem Deckmantel in Arbeitnehmerkreise hineingeschmuggelt. Ferner hat die deutsche Industrie beinahe ¼ Million Mark für die Arbeitszeitpropaganda im letzten Jahr der Vereinigung zur Verfügung gestellt. Es wird also der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeber“ der schwere Vorwurf gemacht, daß sie „Gesinnung“ kauft. Dies ist die Förderung der Korruption in der schlimmsten Form. Zu allen diesen Vorwürfen hat Dr. Tänzler und die Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände geschwiegen. Der Wert der Denkschrift der Unternehmer über Arbeitszeit, Arbeitslohn, soziale Belastungen usw. sinkt damit unter den Nullpunkt.

Wer in dieser Weise arbeitet, wie die „Vereinigung Arbeitgeberverbände“, der verdient nicht das geringste Vertrauen.

Denn diesen ist jedes Mittel recht, um die Deffentlichkeit zu täuschen und irrezuführen. Wenn wir schweren Erschütterungen innerhalb des Staates und der Wirtschaft entgegen wollen, dann ist vor allen Dingen notwendig, daß die Regierung, ohne die Einsprüche des Unternehmertums zu beachten, in großzügiger Weise die Opfer der gegenwärtigen Wirtschaftskrise unterstützt. Wir hoffen, daß diese Einsicht plahgreift, damit man ohne große Erschütterungen über diese schwere Zeit hinwegkommt.

Die Kette.

I. Die Anorganisierung der Muskel.

(Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

Es ist ein Merkmal der Wirtschaftsgeschichte, daß sie uns gar nicht oder nur höchst ungenau sagt, wann die einzelnen revolutionären Bewegungen unseres kapitalistischen Zeitalters, die Verdrängung der organischen, der lebenden Natur, durch die anorganische, die tote, des Persönlichen durch das Sachliche, der Qualität durch die Quantität usw. begonnen hat. Kohle und Eisen, beide anorganisch und tot, beliebig und unabhängig von der Zeit in Massen zu gewinnen, traten als Brenn- und Baustoff an Stelle des langsam wachsenden Baumes und des begrenzt vorkommenden Holzes; der Motor löst, als Kraft den nur zeitweise zu benutzenden Wind, das Wasser und die ermüdende Muskel ab; die Baumwolle, durch Anbau und künstliche Düngung beliebig und schnell zu vermehren, überflügelte die Wolle. Welten sind dadurch anders geworden; Menschen und Staaten. Und doch wissen wir nicht, wann die einzelnen, vielleicht zufälligen Schritte in die „moderne“ Massenfabrication getan worden sind, wann, um in der Sprache des Wirtschaftlers zu reden, das rationelle Verfahren an Stelle des empirischen trat.

So hat auch, fast unbemerkt, die „Kette“ ihren Einzug bei uns gehalten, das Band, die „Arbeit in Fluß“, die „Bandmontage“ oder, wie man immer die „fließende“ Errungenschaft aus Amerika nennt. Vor kurzem noch sagenhafte Einrichtung im Detroit Highland-Park, ist die Fabrication nach Ford'schem Muster heute der Mehrzahl der deutschen Arbeiter zum mindesten durch Vortrag und Bild bekannt: Das Arbeitsstück wird mittels wandernder Zwischenlager, Bandmontagen, kontinuierlich arbeitender Becherketten, Transportbänder (conveyors) an dem Arbeiter in bestimmten Zeitmaß vorbeigezogen. Henry Ford gibt in seinem Buch „Mein Leben und mein Werk“ an, daß sich in Highland-Park die Chassismontagebahn 6 Fuß in der Minute und die Vorderachsenbahn 148 Zoll in der Minute bewegt. In dieser Zeit hat der Arbeiter seine möglichst vereinfachte, differenzierte Berrichtung zu leisten: „Jede erforderliche Sekunde wird ihm zugestanden, keine einzige darüber hinaus.“ (H. Ford, a. a. D.). Ford's lapidarer Satz läßt ahnen, wie weit ein richtiger Kapitalismus diesen Grundsatz auf die Spitze treiben kann. Die Deutschen Kraftfahrzeugwerke A.-G. in Spandau-Hafelhorst, ein reichselbener Betrieb, hat den Zusammenbau des sogenannten D-Rades nach Ford'schem Muster geschaffen. Spezialmaschinen und Transportbahnen mit den, an ihnen hängend entlanglaufenden Schaukeln für die automatische Zuführung der einzelnen Teile zu den Arbeitsplätzen bestimmen das Tempo des Arbeiters. In der riesigen Montagehalle läuft an der einen Seite eine Montagebahn, auf der, durch eine Kette in gleichmäßigem Tempo fortbewegt, in Abständen von drei zu drei Metern jeweils ein kleiner Wagen zur Aufnahme des zu montierenden Rades läuft. Die von den einzelnen Arbeitern vorzunehmenden Operationen sind so abgestimmt, daß jeder Arbeiter gleich lange Zeit zu tun hat, während er sein laufendes Arbeitsstück begleitet. Der nach allen Seiten hin drehbare Wagen beginnt seine Fahrt mit einem fertigen Rahmen, auf dem zunächst nur der Motor befestigt ist. Der erste Arbeiter baut die Vordergabel ein, der nächste die Lenkstange, der folgende das Vorderrad, das Hinterrad, den Tank und alle übrigen Teile, bis das D-Rad am Ende der Montagebahn fahrfertig montiert angelangt ist und durch ein elektrisch angetriebenes Hebezeug vom Wagen abgehoben wird, um sofort zur Probe gefahren zu werden.“ Wir geben diese Darstellung des Herrn Dr. Caspar-Kertow, Pressescheff der Deutschen Kraftfahrzeugwerke, ausführlich wieder, weil er das Wesentliche der „fließenden Arbeit“, nämlich das Tempo, den viel erörterten „Rhythmus der Arbeit“, instinktiv oder nicht, geradezu klassisch herausarbeitet. Dieses Tempo ist der Ausdruck eines Systems, Teil jener Umgestaltung, die wir Eingangs dieses Artikels gekennzeichnet haben, gewissermaßen eine, um ein schlechtes, aber treffendes Wort zu gebrauchen, „Anorganisierung“ der Muskel, kurz: kapitalistische Leberkultur. Damit ist das Problem gegeben. Mit ihm werden wir uns zu beschäftigen haben, hier und allgemein. Denn andere Arbeitsmethoden schaffen andere Situationen, für Menschen und Völker.

Aus der Welt können wir heute das Band nicht mehr debattieren. Die Kette bedeutet Massenfabrication, durch ein ausgeklügeltes Kalkulations- und Transportsystem, das sich, in Erinnerung an Taylor, in die Formel „genaueste Kalkulation der Arbeitszeit“ fassen läßt. Ford erzeugte 1913/14 nicht ganz 200 000 Autos, das Stück zu 700 Dollar, 1923/24 aber 2 000 000, das Stück für nicht ganz 300 Dollar (Verkaufspreis). Ohne die „Arbeit in Fluß“, also mit den Arbeitsmethoden von 1913/14, wo in Highland-Park die Umgestaltung nach der Kette eingeführt wurde, hätten in Detroit, der Ford'schen Automobilstadt, 200 000 Arbeiter beschäftigt werden müssen. Tatsächlich betrug die Zahl der Ford'schen Arbeiter bei einer Produktion von täglich 4000 Wagen (am 30. Oktober 1925 wurden täglich 9017 Wagen und Schlepper erzeugt) nur 50 000 Mann. (H. Ford, a. a. D.). In der Kolbenstangenmontage setzten 28 Mann in 9 Stunden 175 Kolbenstangen zusammen, zur Zeit, als Ford sein Buch schrieb, 7 Mann in 8 Stunden 2600 Stück. Die Deutschen Kraftfahrzeugwerke in Hafelhorst haben eine Tagesproduktion von 160 D-Rädern und können die Erzeugung beliebig steigern. An den automatischen Trockenladieröfen in Hafelhorst stehen jetzt 5 Mann, früher 15. Der Preis für das D-Rad (Verkaufspreis) beträgt 300 bis 400 RM. weniger als wenn es in Einzelmontage (ohne Kette) gebaut würde. Dabei ist selbstverständlich, daß dieser Preis keineswegs „äußerst kalkuliert“ ist.

Sicher verlockende Resultate! Höchstleistungen, Produktivitätsmaximal! Und doch natürliche. Massenfabrication! Das ist einseitige Normung und Typisierung, möglichste Beschränkung der Warenart, Anpassung des Werkzeugs an das spezielle Fabrikat, Konstruktion der Maschine dahin, daß viele Werkzeuge zugleich angreifen. In Hafelhorst steht die bekannte Vielspindelbohrmaschine, die 20 Bohrungen mit einem Arbeitsgang vornimmt. Andererseits ist Massenfabrication die Tatsache, daß sich jeder Aufwand „nur aus der Summe der aufgewandten menschlichen Arbeit zusammensetzt“. Jedes Maß der Wirtschaftlichkeit drückt sich durch das Verhältnis von „Erzeugungsgegenstand und der aufgewandten Summe mensch-

Bedenke, daß jedes neugewonnene Mitglied die Kraft der Organisation erhöht!

licher Arbeit" aus. Das ist die Entdeckung, die der Berliner Industrielle C. Röttgen („Das wirtschaftliche Amerika“, Berlin 1925) in Amerika gemacht hat. Er hätte sie sich auch bei Karl Marx holen können, denn schließlich ist die „Anorganisierung“ der Muskel nichts anderes als das Antreibersystem des Frühkapitalismus. Nur war der Frühkapitalismus nicht so brutal-raffiniert wie der Kettenkapitalismus. Und nicht so allgemein! Wir fabrizieren heute in den Deutschen Werken D-Räder mit der Kette, bei Opel und Brennabor sogar Autos. Dann fabrizieren wir noch vieles wie zur Zeit des Alten Fritz, so daß neulich in Berlin weitende amerikanische Gewerkschaftscollegen sich tolsachen wollten. Aber morgen werden wir nach dem Prinzip der Kette unsere Schuhe erhalten, unseren Konfektionsanzug, unser Licht, den Ziegelstein, das chemische Präparat, kurz, alles und alles, was Massenartikel ist, dem die Mechanisierung schon längst die Seele ausgepumpt hat.

(Fortsetzung folgt.)

Betriebs- oder Ortskrankenkassen?

Wohl der größte Schaden unserer Sozialversicherung ist die Zersplitterung der Versicherungssträger, die wir hauptsächlich in der Krankenversicherung haben. Während sich die Unfall- und auch die Invalidenversicherung je mit einer Art Versicherungssträger begnügt, gibt es in der Krankenversicherung nicht weniger als fünf verschiedene Arten von Krankenkassen: Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs- und endlich als besondere Eigenart Ersatz-Krankenkassen. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Zersplitterung und damit Vergeudung von Kräften alles andere als gut für die gesamte Versicherung ist. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie treten schon seit Bestehen der Sozialversicherung in Gemeinschaft mit führenden Sozialpolitikern für eine Vereinheitlichung und Zentralisation in der Krankenversicherung ein. Ein großer Schritt vorwärts wurde in dieser Beziehung durch die Einführung der Reichsversicherungsordnung getan. Es war dies das erste großzügige und zusammenfassende Gesetz aller Zweige der Arbeiterversicherung nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Das zweite Buch der Reichsversicherungsordnung, welches die Krankenversicherung betrifft, trat am 1. Januar 1914 in Kraft. Dadurch verschwanden bereits eine große Anzahl kleiner und kleiner Krankenkassen, welche örtlich in die neugegründeten Ortskrankenkassen zusammengeschlossen wurden. Seit dieser Zeit ist jedoch auf dem Gebiete der Vereinheitlichung und des Zusammenschlusses nichts wieder getan. Auch heute haben wir noch fünf verschiedene Arten von Versicherungssträgern in der Krankenversicherung. Nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes gab es im Jahre 1921 im Reichsgebiet 2524 Ortskrankenkassen, 496 Landkrankenkassen, 4539 Betriebskrankenkassen, 866 Innungskrankenkassen und 46 Ersatzkrankenkassen. Hierzu kommen noch 123 Knappschaftskrankenkassen. Die kleineren Betriebs- und Innungskrankenkassen sind also zahlenmäßig vorherrschend. Betrachtet man jedoch die Mitgliederzahl der einzelnen Kassenarten, so kommt man zu einem anderen Bild. Im Jahre 1921 zählten Mitglieder: Die Ortskrankenkassen 11 179 648 Mitglieder, die Landkrankenkassen 2 198 203 Mitglieder, die Betriebskrankenkassen 3 735 117 Mitglieder, die Innungskrankenkassen 329 410 und die Ersatzkrankenkassen 465 505 Mitglieder. Hieraus ergibt sich, daß die Ortskrankenkassen an Mitgliederzahl vorantehen. Es ist unbestrittene Tatsache, daß große Organisationen leistungsfähiger sind und auch den wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber widerstandsfähiger sind als kleine. So ist es auch mit den Ortskrankenkassen. Man kann es nicht nur behaupten, sondern auch buchzahlenmäßig nachweisen, daß die Ortskrankenkassen die leistungsfähigsten Versicherungssträger der Krankenversicherung sind. Jeder Versicherte, der auf Grund seiner Beschäftigungsverhältnisse verschiedenen Kassenarten angehört hat, wird dies durch eigene Erfahrungen bestätigen können. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Fast sämtliche Ortskrankenkassen gewähren ohne besonderen Beitragszuschlag sogenannte Familienhilfe (freie ärztliche Behandlung und Lieferung von Arznei an die nichtversicherten Familienangehörigen). Bei den Betriebs- und Innungskrankenkassen ist dies nur in seltenen Fällen eingeführt. Es ist eigentlich auch ohne nähere Begründung ganz einleuchtend, daß eine kleine Betriebskrankenkasse mit beispielsweise 200 Mitgliedern lange nicht so leistungsfähig sein kann, wie eine Ortskrankenkasse mit 20 000 Mitgliedern.

Neuerdings bestreben die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände wieder die Errichtung von Betriebskrankenkassen. Sie würden dies bestimmt nicht tun, wenn dabei für sie selbst kein Vorteil und Nutzen herausspringen würde. Nach § 245 der Reichsversicherungsordnung kann ein Arbeitgeber mit Zustimmung des Betriebsrates eine Betriebskrankenkasse errichten, wenn er in seinem Betrieb regelmäßig mindestens 150 versicherungspflichtige Personen beschäftigt. Für landwirtschaftliche Betriebe und Betriebe der Binnenschifffahrt ist diese Zahl der Beschäftigten auf 50 herabgesetzt. Wird eine Betriebskrankenkasse gegründet, so müssen sämtliche im Betrieb beschäftigten Personen, die Krankenversicherungspflichtig sind, der Kasse angehören. Versicherungsberechtigte, die im Betrieb tätig sind, können der Kasse als freiwillige Mitglieder beitreten. Da wie bereits erwähnt, die Neugründungen von Betriebskrankenkassen jetzt vielfach angestrebt werden, wird die Frage akut, welche Vorteile und welche Nachteile bringt eine solche Kasse den Versicherten?

Mit gutem Gewissen kann man behaupten, daß für die Versicherten Vorteile überhaupt nicht entstehen. Wohl werden die Arbeitgeber darauf hinweisen, daß der Beitragsfuß vielleicht niedriger ist, als in den Ortskrankenkassen. Dies wird jedoch meist nur bei der Gründungszeit der Fall sein, um die Arbeitnehmer gefügig zu machen. Nach einiger Zeit müssen die Beiträge doch erhöht werden, wenn die Kasse die gesetzlichen Mindestleistungen erfüllen will, von etwaigen Mehrleistungen gar nicht zu reden. Bleiben die Beiträge der Betriebskrankenkasse wirklich eine Zeitlang niedriger wie die der Ortskrankenkasse, so sind auch die Leistungen der Betriebskrankenkasse niedriger. Ein weiteres Argument, mit dem die Arbeitgeber gern operieren, ist dies, daß sie bei den Betriebskrankenkassen die Verwaltungskosten allein tragen. Dies ist allerdings der Fall. Den Versicherten entstehen aber hierdurch keine Vorteile, sondern nur Nachteile.

Die Nachteile einer Betriebskrankenkasse sind für die Versicherten nicht gerade gering. Dadurch, daß der Arbeitgeber die Verwaltungskosten allein trägt, kann er mit der Führung der Geschäfte Angehörige betrauen, die ihm genehm sind. Ob sie das für einen derartigen Posten nötige soziale Empfinden und Verständnis haben, ist ihm ganz gleich. Der Vorstand der Betriebskrankenkasse hat auf die Auswahl der Angestellten keinen Einfluß. Bei den Betriebskrankenkassen überwiegt der Einfluß der Arbeitgeber in allen Beziehungen. Schon bei der Wahl zu den Organen (Vorstand, Ausschuß) kommt dies zur Erscheinung. Nach den gesetzlichen Bestimmungen führt in jeder Betriebskrankenkasse der Arbeitgeber den Vorsitz. Er hat soviel Stimmen wie alle Arbeitnehmer zusammen. Bei den Beratungen des Vorstandes sind die Vertreter der Arbeitnehmer in ihrer Meinungsäußerung zum mindesten sehr beschränkt, da sie ja zum Vorsitzenden, der gleichzeitig Arbeitgeber ist, in einem starken wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis stehen. Sie können ihrer Meinung nicht so Ausdruck geben, wie die Vertreter in den Ortskrankenkassen. Sollten nun wirklich einmal im Vorstand die Arbeitnehmer vertreten Mut fassen und gegen die Stimmen des Arbeitgebers einen für die Versicherten günstigen Beschluß durchdrücken, so wird die praktische Durchführung desselben durch die vom Arbeitgeber bestimmten Kassenangestellten, die natürlich auf der Seite des Arbeitgebers stehen, stark beeinträchtigt.

Die Ortskrankenkassen und ihre Angestellten sind gesetzlich zur Schweigepflicht über Krankheiten usw. verpflichtet. Wie steht dies nun bei den Betriebskrankenkassen? Der Arbeitgeber hat in seiner

Stellung als Kassenvorsitzender stets das Recht, Einsicht in die Bücher der Kasse zu nehmen. Auf diese Weise erfährt er alles wünschenswerte über Krankheiten, Familienverhältnisse usw. seiner Arbeiter. Auch aus früheren Zeiten kann er hierüber Nachrichten ein sammeln, da ja die Krankenkassen gegenseitig zur Rechtshilfe verpflichtet sind. Wünscht also der Arbeitgeber etwas aus dem Vorleben seiner Arbeiter zu erfahren, so braucht er sich in seiner Eigenschaft als Kassenvorsitzender nur an die Krankenkasse um Auskunft zu wenden, der der Versicherte vorher angehört hat. Die Arbeitgeber geben dies auch selbst zu. In einem vertraulichen Rundschreiben vom 3. Dezember 1920 des Schutzverbandes der sächsischen Betriebskrankenkassen heißt es wörtlich:

„Besteht aber keine Betriebskrankenkasse mehr, so ist damit dem Arbeitgeber die letzte Möglichkeit entzogen, Einblick in die persönlichen Verhältnisse der Arbeitnehmer zu gewinnen.“

Bei den Betriebskrankenkassen werden verstärkte Kontrolle und andere Maßnahmen dazu beitragen, die Krankenziffer niedrig zu halten, um auf diese Art und Weise die Möglichkeit der berühmten „niedrigeren“ Beiträge zu haben. Ein Mitteilungsblatt der Arbeitgeber gibt dies mit folgenden Worten selbst zu:

„Ferner lassen die übersichtlichen Verhältnisse bei einer Betriebskrankenkasse eine durchgreifende Kontrolle der krankgemeldeten Mitglieder zu.“

Bei den Ortskrankenkassen können sich die Mitglieder beim Vorsitzenden über übermäßige Kontrolle und sonstige Nachteile beschweren. Es ist aber nicht anzunehmen, daß dies bei den Betriebskrankenkassen auch so leicht geht. Welcher Versicherte wird deswegen bei seinem Arbeitgeber vorstehenden Klage führen. In vielen Betrieben wird die Einstellung von einem Gesundheitsnachweis abhängig gemacht. Die Arbeitgeber behaupten zwar, daß dies nicht mit Rücksicht auf eine etwaige Befragung der Betriebskrankenkasse geschieht. Wir können diesen Worten nach unseren Erfahrungen keinen Glauben schenken.

Ein weiterer großer Nachteil der Betriebskrankenkassen vor den anderen Krankenkassen ist folgender. Bei den Ortskrankenkassen sind auch die freiwilligen und berechtigten Kassenmitglieder zu den Organen wählbar und wahlberechtigt. Bei den Betriebskrankenkassen ist dies jedoch anders. Nach § 340 der Reichsversicherungsordnung ist nur das freiwillige Mitglied zu den Organen wählbar und wahlberechtigt, welches dem Betrieb angehört und nur für die Zeit, wo es im Betrieb beschäftigt ist. Dies bedeutet für die vielen freiwilligen Mitglieder eine große Härte. Hauptsächlich die weiblichen Mitglieder, die etwa bei einer Verheiratung aus dem Betrieb ausscheiden, haben dadurch nicht den geringsten Einfluß mehr auf die Verwaltung der Kasse.

Aus diesen Beispielen werden und müssen die Arbeiter sehen, welcher Schaden für sie aus der Errichtung einer Betriebskrankenkasse entsteht. Solange die Gesetzgebung die Errichtung von Betriebskrankenkassen nicht gänzlich verbietet, müssen die Versicherten eben selbst sich dagegen wehren. Dies können sie tun, da eine Betriebskrankenkasse ja nur noch mit Zustimmung des Betriebsrates gegründet werden kann. Ein Betriebsrat, der der Errichtung einer Betriebskrankenkasse zustimmt, verkennt seine Pflichten und ist eben nicht fähig, ein solches Amt zu bekleiden. Bemerkte sei noch, daß bei einer Verlegung der Zustimmung durch den Betriebsrat die Zustimmung der Betriebsversammlung zur Gründung nicht eingeholt werden kann. Wenn Arbeiter und Betriebsratsmitglieder nicht gesagt werden, daß sie auch zur Vereinhaltung der Sozialversicherung beitragen müssen. Weg mit den Betriebskrankenkassen. Wir müssen für eine Einführung der Einheitskrankenkasse sein. Warum geht es denn in der Invalidenversicherung?

R. Leis, Weimar.

Der Beschäftigungsgrad in der deutschen Textilindustrie im Monat November 1925.

Die in den letzten Monaten einsetzende Krise auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat nun auch die Textilindustrie erfasst. Arbeiterentlassungen und Uebergang zur Kurzarbeit war im letztvergangenen Monat mit erschreckender Deutlichkeit festzustellen. Die Erhebung unseres Verbandes über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den Reihen unserer Mitgliedschaft bestätigt, was wir schon vor Monaten an dieser Stelle ausdrückten. Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung unter Führung der Deutschnationalen zeigt ihre Früchte. Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die eingetretene Verschlechterung im Beschäftigungsgrad.

Von den berichtenden Verbandsmitgliedern waren:

	Arbeitslose Proz.	Kurzarbeiter Proz.	Zus. Proz.
im November	11 877=3,8	64 330=20,8	76 207=24,6
„ Okt. (Vormonat)	8 324=2,7	37 793=12,2	46 117=14,9

Die Gliederung der kurzarbeitenden Verbandsmitglieder nach der Dauer der Arbeitszeitverkürzung ergab folgendes Bild:

Es arbeiten wöchentlich beruht	Verbandsmitglieder			in Proz. der erfahren Mitglieder	
	männl.	weibl.	zusammen	Nov.	Okt.
um 1—8 Stunden	6 501	11 430	17 931	5,8	4,5
„ 9—16 „	6 803	13 913	20 716	6,7	8,7
„ 17—24 „	7 324	10 800	18 124	5,9	2,7
„ 25 u. mehr „	3 050	4 509	7 559	2,4	1,3
Insgesamt	23 678	40 652	64 330	20,8	12,2

Den Umfang der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit in den einzelnen Gauen unseres Verbandes veranschaulicht nachstehende Tabelle.

Es waren vom Hundert der berichtenden Verbandsmitglieder:

im Gau	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Zusammen	
	Nov.	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.	Okt.
Hannover	6,4	5,0	14,4	8,1	20,8	13,1
Cassel	6,8	3,2	24,4	10,5	31,2	13,7
Barmen	6,9	5,5	24,9	17,1	31,8	22,6
Stuttgart	2,2	0,9	22,5	12,6	24,7	13,5
Augsburg	1,9	2,2	11,1	7,4	13,0	9,6
Gera	3,5	3,3	7,7	4,8	11,2	8,1
Dresden	2,6	1,8	16,9	12,6	19,5	14,4
Piegnitz	4,2	2,8	30,9	19,5	35,1	22,3
Berlin	5,4	3,0	36,1	8,1	41,5	11,1
Verbd. insgef.	3,8	2,7	20,8	12,2	24,6	14,9

Der Gau Berlin, der sich über die Provinz Brandenburg und die Lausitz erstreckt, hat geradezu eine katastrophale Zunahme der Kurzarbeit und enormes Steigen der Arbeitslosenziffern zu verzeichnen. Es ist hier hauptsächlich die Tuchindustrie der Städte Forst i. d. L., Sorau und Spremberg u. a., die sehr schlecht beschäftigt ist. Es folgen die Gauen Piegnitz (Schlesien), Barmen (Rheinland und Westfalen) und Cassel, deren Ziffern über den Verbandsdurchschnitt hinausgehen. Die Ziffern der Gauen Stuttgart (Württemberg und Baden), Hannover und Dresden (Freistaat Sachsen) bewegen sich in weiterer Folge, und am besten beschäftigt sind die Gauen Augsburg (Bayern) und Gera (Thüringen), deren Ziffern weit unter dem Verbandsdurchschnitt liegen.

Das Ergebnis im allgemeinen betrachtet birgt eine Fülle von Not und Elend in sich. Laufende und Aberlaufende unserer Mitglieder sind durch die verkehrte Politik der deutschnationalen Regierung um Lohn und Brot gebracht worden. Nach neuerdings eingegangenen Meldungen sind weitere Laufende von Entlassung und Kurzarbeit bedroht. Mit Bangen und Sorge sieht die gesamte Arbeiterschaft den nächsten Monaten entgegen. Zum Hunger kommt noch der Winter, unzählige müssen das naheende Weib-

nachtsfest mit ihren Familien in Kummer und Leid verleben. Es ist daher nur zu berechtigt, daß die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Reichstag sofortige Bereitstellung von Mitteln für die Opfer der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise gefordert hat. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um mindestens 50 Proz., Einführung der Kurzarbeiterunterstützung und darüber hinaus endlich schleunigste Verabschiedung des Gesetzes über Erwerbslosenversicherung ist das Gebot der Stunde. Beharren die kapitalistischen Rechtsparteien weiterhin auf dem Standpunkt der Verweigerung der notwendigen Mittel, so können Folgeerscheinungen eintreten, deren Tragweite heute noch gar nicht abzusehen sind und die fürs ganze Reich von schwerstem Schaden sein können.

Den Rechtsparteien und ihrer Gefolgschaft, die wohl bereit sind für die dahingelaufenen Fürsten Mittel zu bewilligen, die auch freudig bereit sind, deutschnationalen Ministern, die gerade neun Monate im Amt waren und während dieser Zeit durch ihre Katastrophenpolitik den ungeheuren wirtschaftlichen Niedergang heraufbeschworen haben, Pension zu zahlen, muß klar gemacht werden, daß die Arbeiterschaft solches nicht länger mehr duldet. Der breiten Masse des Volkes, die während des Krieges in Not und Elend fast vertam und die in den Nachkriegsjahren immer und immer wieder unter den einsetzenden Wirtschaftskrisen fürchterlich zu leiden hatte, muß unverzüglich geholfen werden. Des weiteren darf aber keine Zeit veräußert werden, Mittel und Wege zu finden, die mehr und mehr sich ausbreitende Krise einzudämmen. M. Br.

Verbandstag der tschecho-slowakischen Bruderorganisation.

Die Union der deutschen Textilarbeiter der Tschechoslowakei hielt in Reichenberg vom 30. November bis 2. Dezember ihren Verbandstag ab. Den Geschäftsbericht über die abgelaufenen zwei Jahre erstattete der Obmann Genosse Kojcher. Kojcher verwies eingangs seiner Ausführungen auf die schwere Wirtschaftskrise, die in der verflochtenen Periode die Textilarbeiterschaft der Tschechoslowakei schwer schädigte. Der Staat und das Parlament haben damals, indem sie die Gehälter der Beamten kürzten, den Luftstoß zu allgemeinen Lohnkürzungen gegeben. Aus diesem heraus resultierten die niederen Löhne, die gegenwärtig in der Tschechoslowakei gezahlt werden. Die Organisation sei damals durch die schwere Wirtschaftskrise gebunden gewesen, so daß sie die Lohnkürzungen nicht völlig abmehren konnte.

Im weiteren befaßt sich Kojcher über die wirtschaftliche und politische Orientierung der tschechoslowakischen Regierung. Die politische Orientierung weise hinüber nach Frankreich, währenddem die wirtschaftliche in der Hauptsache auf Oesterreich und Deutschland verweise. Die tschechische Textilindustrie könne von ihren Erzeugnissen nur 20 Proz. im Inland absetzen. 80 Proz. der Gesamtsergebnisse müssen exportiert werden. Die Hälfte der gesamten Aus- und Einfuhr müßten sie mit Deutschland und Oesterreich tätigen. Aus diesem ergebe sich die Unhaltbarkeit der Regierungspolitik.

Der Bericht des Genossen Kojcher zeigt, daß unsere Bruderorganisation auf wirtschaftlichem sowie auf sozialpolitischem Gebiet das Menschenmögliche geleistet hat. Die finanziellen Verhältnisse unserer Bruderorganisation sind außerordentlich günstige. In der Diskussion zu dem Geschäftsbericht sprachen nur fünf Redner. Wir müssen gestehen, daß sich die Diskussion dort in einem anderen Rahmen abspielte, wie dies bei uns der Fall ist. Der gesamte Verbandstag stand wie die Referate auf einem recht hohen Niveau. Die Kommunisten hatten auf dem Verbandstag unter 136 Delegierten einen einzigen. Dieser Delegierte spielte aber nur Hospitanten. Er hat sich nicht ein einziges Mal zum Wort gemeldet. Aus den Berichten ging weiter hervor, daß unsere Bruderorganisation ebenfalls durch die Zersplitterung der Kommunisten stark gestittet hat. Man ist aber auch dort über diese Skizze hinweg und wieder im Aufstieg begriffen. Die Kommunisten verfuhrten den Verbandstag auf ihre Einheitsfront festzulegen. Eine Charakterisierung dafür, daß die Kommunisten gar nicht ernsthaft an die Herstellung der Einheitsfront denken, zeigt folgende Notiz, die der „Vorwärts“, das kommunistische Organ in Reichenberg in Nr. 279 zum Abdruck brachte:

„Hoher Besuch in Reichenberg.“

Seine Excellenz, der königlich großbritannische Minister a. D. und gleichfalls königlich großbritannische Sekretär der Zweiten Internationalen, ebenfalls a. D., und derzeit königlich großbritannische und kaiserlich indische Sekretär der reformistischen Textilarbeiter-Internationalen, Thom Shaw, ist in Reichenberg beim Unionskongress anwesend.

Die Textilarbeiter von Nordböhmen richten an Seine Excellenz die höfliche Anfrage, wie er über die Vereinigung aller Textilarbeiterorganisationen in der Tschechoslowakei zu denken geruht. Aus dieser Notiz geht unzweifelhaft hervor, daß es den Kommunisten mit ihrem Einheitsfrontgeschrei gar nicht ernst ist.

Zum Schiedspruch in der schlesischen Textilindustrie.

Die Lage in der schlesischen Textilindustrie hat sich in den letzten Wochen immer ungünstiger gestaltet. Bei den Regierungsstellen häufen sich die Anträge auf Stilllegung von Betrieben, besonders in der Leinenindustrie. Einige große Spinnereten und Flachsrösten stehen bereits seit einer Reihe von Wochen ganz still.

In anderen Betrieben sind Entlassungen oder Betriebseinschränkungen in größerem Umfang vorgenommen worden, und jede Woche finden erneut Verhandlungen mit den Gewerbeaufsichtsinstanzen über weitere Einschränkungen und Stilllegungen statt.

Die Wirtschaftslage hat sich also gerade in der Zeit, in welcher das Lohnabkommen vom 22. Juli 1925 gekündigt wurde und neue Verhandlungen in Aussicht standen, ganz ungeheuer verschlechtert. Das mußte naturgemäß die ganzen Verhandlungen ungünstig beeinflussen.

Die Arbeitgebervertreter nützen diesen Moment bei den zweimaligen Verhandlungen vor dem Schlichter natürlich auch weidlich aus. Hatte doch der Arbeitgeberverband in einem Schreiben bereits mitgeteilt, daß ein großer Teil seiner Mitglieder angesichts der eingetretenen Krise eher glaubt, eine Verhandlung über Senkung der Löhne fordern zu dürfen, um die Betriebskosten zu verringern, und bei einer der stattgefundenen Verhandlungen wurde seitens der Arbeitgeber ergänzend dazu geäußert, daß, wenn die Arbeitgeber trotzdem nun nicht diese Anträge auf Lohnabbau gestellt hätten, das als ein großes Zugeständnis ihrerseits zu betrachten sei.

Die erste Verhandlung, welche als Vorverhandlung gedacht war und am 30. November unter Leitung des Schlichters, Herrn Oberpräsidenten z. D. Philipp im Landeshause in Breslau stattfand, scheiterte, weil über eine Lohnerhöhung zu verhandeln abgelehrt und eine Verlängerung des Tarifes als äußerstes Zugeständnis in Vorschlag gebracht wurde. Da auch die Termine, die dazu genannt wurden, bis weit in das nächste Jahr hineingingen, scheiterte die Verhandlung.

Die Arbeitgeber stellen nicht nur weitere Betriebsstillstände in Aussicht für den Fall einer Lohnerhöhung, sondern sie brachten auch zum Ausdruck, daß es den Arbeitgebern z. T. vielleicht sogar sehr erwünscht sei, wenn wir in eine tariflose Zeit hineinkommen, falls eine Verlängerung der Tarife abgelehnt werde.

In der Verhandlung vom 4. Dezember, welche unter Vorsitz des Herrn Oberregierungsrats Kramer stattfand, wurde nach mehr (Fortsetzung auf der 4. Seite.)

Frauen-, Jugend- und Betriebsräteteil

An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft!

Das Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee wendet sich an die organisierte Arbeiterschaft der ganzen Welt mit dem dringenden Ersuchen, in Zukunft mehr als bisher dafür zu wirken, daß die im Erwerbsleben stehenden Frauen der gewerkschaftlichen Organisation zugeführt werden.

In allen industriell entwickelten Ländern bilden die weiblichen Arbeitskräfte einen erheblichen Teil der Arbeitnehmer. Als überwiegend unorganisierte Arbeitskräfte bilden sie in Verbindung mit ihren absolut und relativ niedrigen Löhnen eine ständige Gefahr für die Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeitnehmerschaft. Die industrielle Entwicklung erleichtert den Unternehmern das Bestreben, weibliche Arbeitskräfte zu immer mehr Arbeitsverrichtungen heranzuziehen. Das organisierte Unternehmertum wird, wie die Erfahrungen beweisen, die sich bietenden Gelegenheiten nicht entgehen lassen, aus den Reihen der unorganisierten Arbeiterinnen Arbeitskräfte zu gewinnen, die gegen die Hebung der Lage der Arbeiterklasse gerichteten Bestrebungen fördern können.

Die organisierten männlichen Arbeiter betrachten die Verbreitung des Gedankens der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation unter ihren männlichen Kollegen als ihre sittliche Pflicht. Ein Teil dieser Arbeiter hält es jedoch nicht für nötig, diese Idee in gleicher Weise in die Reihen der weiblichen Arbeitnehmer zu tragen, die sie recht oft nicht als ihre Kolleginnen, sondern als Fremdkörper im Wirtschaftsleben betrachten, wobei noch immer die Meinung vertreten wird, daß das Arbeitsgebiet der Frauen allein das Haus ist. Sie haben sich bis jetzt von dieser falschen Auffassung auch nicht durch die für jeden vorurteilsfreien Menschen mögliche Feststellung befreien lassen, daß in allen Industrieländern zahlreiche Frauen für die Dauer ihres Lebens Erwerbsarbeit verrichten müssen. Durch diese falsche Auffassung wird verhindert, daß schon die Familie bei den Mädchen den Boden für die Erkenntnis der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation bereiten kann. Was die Familie bei den weiblichen Arbeitnehmern verfaßt, wird auch in ähnlicher Weise auf den Arbeitsplätzen vernachlässigt.

Für die mangelhafte Organisation der weiblichen Arbeitnehmer sind die männlichen Arbeitnehmer mit verantwortlich, und sie sind mit daran schuld, wenn die weiblichen Arbeitnehmer der erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit im Wege stehen. Die weiblichen Arbeitnehmer sind allerdings schwerer als die männlichen Arbeiter für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen; sie sind aber, wie die Erfahrungen in allen Industrieländern zeigen, immerhin zu gewinnen. Überall existiert bereits ein Kern überzeugter weiblicher Gewerkschaftsmitglieder. Diese Tatsache berechtigt zur Annahme, daß auch die übrigen weiblichen Arbeitnehmer für die Gewerkschaften zu gewinnen sind, wenn sich alle verfügbaren Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung der Gewinnung der weiblichen Arbeitskräfte zuwenden.

Nach entsprechen in keinem Lande die Arbeitsbedingungen der Frauen dem Werte und der Bedeutung ihrer Arbeit, noch sind die weiblichen Arbeitnehmer unbewußt und oftmals gegen ihren Willen Lohnrücker! Diese Verhältnisse werden sich ändern, wenn die weiblichen Arbeitnehmer mehr als bisher in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind. Diesem Ziel soll dieser Aufruf dienen. Die Unterzeichnerinnen waren sich bei seiner Abfassung der Verantwortungen bewußt, die sie als Mitglieder der internationalen Arbeiterinnenkomitees haben, voll bewußt und sie ersehen ihn im Glauben an die siegreiche Kraft der gewerkschaftlichen Idee.

Auf zur Werberbeit, zur Gewinnung der weiblichen Arbeitnehmer für diese Idee!

Auf zum Kampf für bessere Lebensbedingungen für die gesamte Arbeitnehmerschaft!

Internationales gewerkschaftliches Arbeiterinnenkomitee:
Helene Burniaug (Belgien), Henriette Crone (Dänemark), Mary Quaile (England), Jeanne Chevenard (Frankreich), Gertrud Hanna (Deutschland).

Der Schwangerschutz.

Am 26. Juni 1925 reichte auf Veranlassung des Kollegen Winkler die Fraktionsmehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion im Freistaat Sachsen einen Antrag auf Schwangerschutz ein. Bereits am 2. Juli 1925 wurde dieser Antrag in öffentlicher Sitzung behandelt und von der Kollegin Helene Wagner-Chemnitz begründet. In der Aussprache stellten sich alle Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen freundlich zu dem Antrag. Die Deutschnationalen bezweifelten die Durchführungsmöglichkeit. Der Antrag wurde seinerzeit zur weiteren Beratung einstimmig dem Haushaltsausschuß überwiesen. Dieser behandelte den Antrag am 9. Dezember 1925.

Die Berichterstatterin Genossin Eva Büttner trat, gestützt auf das Material des Deutschen Textilarbeiterverbandes, insbesondere auch auf Grund des Materials in den von uns herausgegebenen Broschüren „Der Schwangerschutz“ und „Die Heimarbeit in der Textilindustrie“ lebhaft und nachdrücklich für Annahme des Antrags ein und stellte noch zwei ergänzende Zusatzanträge. Der Landesgewerkschaft Dr. Thiele erklärte, daß die sächsische Regierung schon seit Jahren bemüht gewesen sei, im Sinne der Anträge zu wirken. Er führte eine Reihe Maßnahmen an, die die sächsische Regierung getroffen habe. Die Regierungsrätin Fri. Zeisler ergänzte noch diese Ausführungen. Frau Dr. Herwig-Bünger, Mitglied der Deutschen Volkspartei, stellte sich rückhaltlos auf den Boden der Anträge und stellte die Forderung auf, die Ortskrankenkassen möchten eine Berufsgliederung der Arbeiterschaft durchzuführen. Ebenfalls verlangte sie mehr staatliche Erhebungen, die ein klares Bild der Lage ergeben und zeigen würden, wo die Hilfe am besten einzusetzen habe. Dr. Schminte, SPD, verbreitete sich des längeren über den Geburtentüchtigen und bebauete diesen. Er verlangte die Hebernahme der Entbindungskosten für die Familienangehörigen der Beschäftigten sowie die für normale klinische Entbindungen zu einem angemessenen Tageslohn durch die Ortskrankenkassen.

Der Vertreter der Deutschnationalen sprach im Anschluß entschieden gegen die Anträge, da sie ja auch gar nicht durchführbar seien.

Bei der Abstimmung ergab sich die Ablehnung des Antrags Dr. Schminte und die Annahme des Antrags in folgender Form:

- A. Die Regierung zu beauftragen:
 1. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, durch die
 1. das Verbot der Erwerbsarbeit der schwangeren Personen für die letzten drei Monate der Schwangerschaft;
 2. die Beschränkung der Erwerbsarbeit schwangerer Personen im fünften und sechsten Monat der Schwangerschaft auf höchstens vier Stunden pro Tag ausgesprochen wird und
 3. die Vergütung des ausgehenden Arbeitsdienstes durch eine aus Mitteln des Staates zu schaffende obligatorische Kollektivversicherung gedeckt wird;
 4. restlose Anerkennung der Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheiten im Sinne der Reichsversicherungsordnung durch die Krankenkassen.

- B.
 1. Weibliche Ärzte als Gewerbeaufsichtsbeamte einzustellen und diese zu besonders sorgfältiger Beratung der Schwangeren und zur Erforschung der Einwirkung der Erwerbsarbeit auf den Körper und das Seelen- und Gemütsleben der Frau in der Periode der Schwangerschaft anzuhaltend;
 2. die weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten zur besonderen für-

forgenden Beaufsichtigung der Schwangeren im Arbeitsprozeß zu beauftragen und

3. die Gemeinden zur Einrichtung ärztlicher Beratungsstellen für Schwangere zu veranlassen;

4. Einrichtung einer Frauenklinik in Bezirken mit vorwiegend weiblicher Industriearbeiterschaft.

C.

Durch die Gewerbeaufsichtsorgane bei den Betriebsleitungen dahin zu wirken, daß

1. Schaffung von Sitzgelegenheit am Arbeitsplatz für die schwangeren Arbeiterinnen bei Beschäftigungen, welche ununterbrochenes Stehen und Laufen erfordern;
2. Bereitstellung freundlich eingerichteter Zimmer für den Aufenthalt der Schwangeren in den Pausen oder bei eventuellen Schwächezuständen;
3. Bereitstellung von Medikamenten, die nach ärztlichen Erfahrungen im Zustand der Schwangerschaft erforderlich sind und
4. Einstellung von Fabrikärzten in Großbetrieben oder dergleichen in einer größeren Anzahl von Einzelbetrieben gemeinsam sowie durch ermöglichte ärztliche Sprechstunden ermöglicht werden.

Die Annahme dieses Antrages im Plenum des Landtages ist gesichert. Die sächsische Regierung wird also die unter B und C genannten Beschlüsse darnach durchgeführt haben und wird dies auch, soweit man Rückschlüsse auf die Stellungnahme der Regierungsvertreter im Ausschuß ziehen darf, tun.

Soweit das unter A Gesagte in Frage kommt, ist die Einstufung auf die Reichsregierung notwendig. Dringend ist zu raten, daß auch in anderen Parlamenten alles versucht wird, um entsprechende Beschlüsse durchzudrücken. Dies ist besonders wegen der notwendigen Einflußnahme anderer Länderregierungen auf die Reichsregierung geboten. Hoffen wir, daß die Tätigkeit des Deutschen Textilarbeiterverbandes, seine wertvolle Initiative zum Segen der Schwangeren und damit zum Wohle des gesamten Volkes gereicht.

Reichsjugendtag in Cassel.

Der Vorstand unseres Verbandes hat beschlossen, im nächsten Jahre zu Pfingsten in Cassel einen Reichsjugendtag zu veranstalten. Bekanntlich wurde bereits in diesem Jahr für Sachen ein Jugendtag durchgeführt. Dieser Jugendtag war über Erwarten gut besucht gewesen und nahm einen sehr befriedigenden und erfreulichen Verlauf. Er hat offensichtlich zur Belebung unserer Jugendarbeit in Sachen beigetragen. Die günstigen Erfahrungen, die bei Gelegenheit dieses Tages gemacht worden sind, lassen uns hoffen, daß auch der kommende Jugendtag in Cassel ein voller Erfolg sein wird. Hier handelt es sich freilich nicht mehr darum, daß lediglich ein einziger Gau ihm beizustehen wird, sondern aus dem ganzen Reiche werden die jugendlichen Textilarbeiter und -arbeiterinnen zusammengerufen. Da noch mehrere Monate Vorbereitungszeit zur Verfügung stehen, haben die jugendlichen Gelegenheiten, mit dem Sparen auf diesen Jugendtag hin zu beginnen. Es wird gut sein, wenn die Ortsverwaltungen eigene Sparkassen zu diesem Zweck einrichten und die Spargelder verwalten. Es kann den jugendlichen auch angeraten werden, darauf hinzuwirken, daß sie ihre Ferien in der an Pfingsten anschließenden Woche erhalten, so daß sie in der Lage sind, etwa von Cassel auch nach Abschluß der Jugendtagung eine Wanderung in den schönen Harz vorzunehmen. Das Programm des Jugendtages wird reichhaltig und wertvoll sein; nähere Mitteilungen werden in der nächsten Zeit ergehen.

Textilarbeiterjugend.

Ortsgruppe Augsburg.

Am Sonntag, den 20. Dezember, nachmittags 4 Uhr.

Weihnachtsfeier

Der Jugendgruppe im Saale des Textilarbeiterverbandshauses, Mittl. Kreuz F. 280. Die Eltern aller jugendlichen, die bereits der Jugendgruppe angehören, sind zur Weihnachtsfeier herzlichst eingeladen. In beiderseitigem Interesse wäre es zu begrüßen, wenn die verehrten Eltern sich zu dieser kleinen Feier einfinden würden, um selbst Zeuge zu sein über den Geist, der in der Gruppe herrscht, und um Klarheit zu erhalten über die Ziele und Aufgaben, die sich die Organisation im Interesse der jugendlichen gestellt hat. Ferner sind eingeladen alle jugendlichen Textilarbeiter und -arbeiterinnen unter 18 Jahren, die aus Unkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenstehens innerhalb der Berufsorganisation in Jugendgruppen, bis heute der Bewegung noch fernstehen.

Die regelmäßigen Zusammenkünfte finden alle Mittwoch von 7 bis 10 Uhr abends im Saale des Verbandshauses der Textilarbeiter, Mittl. Kreuz F. 280, statt.

M.-Gladbach. Ein seit langem gehegter Wunsch unserer Jugendgruppe war, einmal nach dem Hardter Walde, in welchem die Lungenheilstätte, die sogenannte Luise-Gurry-Stiftung, eine Heilstätte für Kinder, eine Waldschule und letzten Endes auch das Genesungsheim der Allgemeinen Ortskrankenkasse M.-Gladbach untergebracht ist, einen Ausflug zu arrangieren.

Am Sonntag, den 8. November, ist trotz regnerischem Wetter mit einer stattlichen Teilnehmerzahl dieser Wunsch praktisch verwirklicht worden. Gegen 9 1/2 Uhr in etwas gedrückter Stimmung marschierten wir einerseits und zum Teil die Straßenbahn benutzend, dem Hardter Walde zu. Wir besichtigten die oben benannten Stiftungen und Anlagen. Die Waldschule erweckte besondere Anziehungskraft. Leider war eine Besichtigung nicht möglich, da die Kinder bereits am 1. November die Schule verlassen hatten. Was wir sahen, mußte Mißtrauen hervorrufen. Wir sahen nämlich im Walde das Denkmal Kaiser Wilhelms I. mit der sonderbaren Gedenktafelinschrift „Der Vater der sozialen Fürsorge“. In der Waldschule über einer Halle war eine ähnliche Inschrift. Inwiefern der Wirklichkeit die eben genannten Inschriften entsprechen, überlassen wir dem Urteil der Mitwelt.

Von da aus gelangten wir in das im Hardter Walde der Allgemeinen Ortskrankenkasse M.-Gladbach gehörige Genesungsheim. Die Krankenkasse hat erst vor kurzem das im Jahre 1912 bis 1913 erbaute Heim in eigene Verwaltung übernommen. Kurz nach der Fertigstellung brach der Krieg aus und waren während des Krieges verwundete untergebracht und in der Nachkriegszeit war es mit Kranken bzw. Heilungsbedürftigen aus der Angestelltenversicherung belegt. Ein stattliches Gebäude inmitten des Waldes. Die innere Ausstattung des Heims hat viel Interessantes, Sehenswertes geboten. Es sind allerdings nur weibliche Mitglieder der Krankenkasse untergebracht, aber man traf unter diesen nicht nur Bekannte, sondern auch Mitglieder, selbst jugendliche Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Ueber den Wert der Einrichtung überhaupt wurden wir durch die am Ausflug beteiligten Kollegen Vater und Heinrich näher aufgeklärt. Wir sind mit ganz anderen Gedanken aus dem Heim herausgegangen, als wie wir daselbst betreten haben. Im übrigen war für einen kleinen Imbiß Sorge getragen und ließen wir uns das leckere Hehner-Brot gut munden. Der Jugendkollege Werner und der Jugendleiter Heinrich dankten der Schwester und

dem Personal des Genesungsheims insbesondere für die gute Aufnahme und Bewirtung.

Bei gutem Wetter kann ein jeder spazieren gehen. Hatten wir auf dem Rückwege mehr die sogenannte Waldwege. Der Himmel war inzwischen freundlicher gestimmt, Regen gab es nicht mehr und so traten wir mit frohem heiteren Sinn den Heimweg an. Nach einer nochmaligen kurzen Rast, wo noch einmal das Gesehene und Gehörte näher besprochen worden war, kamen wir gegen 2 Uhr nachmittags in der Heimatstadt M.-Gladbach wieder an.

Allgemein hörte man nur das Wort: Nie in unserem Leben werden wir die schöne Morgenreise vergessen.

G. Jäger.

Das Betriebsratsamt wird durch Streik oder Aussperrung für diejenigen Mitglieder des Betriebsrats nicht unterbrochen, die nach Beendigung der Kampfmaßnahme wieder eingestellt werden.

In diesem Sinne entschied das Gewerbegericht in Zwickau am 4. November 1925 — GGZw., 22 A/25 Nr. 5 — als Arbeitsgericht, in dem es auf Antrag des Betriebsrats der Firma Zwickauer Kammgarnspinnerei A.-G., durch Beschluß feststellte, daß das Betriebsratsamt der bisherigen Betriebsratsmitglieder fortbesteht, soweit diese nach Beendigung der gegenseitigen Kampfmaßnahme wieder bei der Firma in Arbeit getreten sind.

Tatbestand und Entscheidungsgründe entnehmen wir folgendes: Der Antragsteller ist Vorsitzender im Betriebsrat der Antragsgegnerin. Diese hat am 18. August 1925 ihre Belegschaft infolge von Lohnstreitigkeiten, die sich innerhalb der gesamten deutschen Textilindustrie entwickelt haben, das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist am 4. September 1925 aufgekündigt. Der Antragsteller und ein Teil der Belegschaft haben darauf diese wirtschaftliche Kampfmaßnahme der Antragsgegnerin mit einer sofortigen Arbeitsniederlegung am 26. August 1925 beantwortet. Am 2. September 1925 hat das Reichsarbeitsministerium über den Schiedspruch der Schlichterkammer zur Beilegung der Streitigkeiten in der Textilindustrie eine Entscheidung gefällt, wonach die beiderseitigen Kampfmaßnahmen zurückgezogen werden sollten und Maßregelungen nicht stattfinden dürften.

Infolge dieser Entscheidung ist die Wiedereinstellung des Antragstellers und der übrigen Belegschaftsmitglieder, soweit sie sich wieder zur Arbeit gemeldet haben, bei der Antragsgegnerin erfolgt. Die Antragsgegnerin will nun aber die wiederingetretene Betriebsratsmitglieder nicht mehr als solche anerkennen, mit der Begründung, daß durch deren Arbeitsniederlegung am 26. August 1925 ihr Arbeitsverhältnis beendet und damit auch ihr Betriebsratsamt gemäß § 39 B.R.G. erloschen sei. Inzwischen haben die Betriebe der Antragsgegnerin auch während des Streiks verbliebenen übrigen Betriebsratsmitglieder einen neuen Betriebsrat gebildet, indem sie aus der anlässlich der letzten Betriebsratswahl aufgestellten gemeinsamen Vorschlagsliste ihre Zahl durch Ersatzmitglieder ergänzt haben. Der auf diese Weise zusammengesetzte Betriebsrat zählt nunmehr 6 Angeordnete und 2 Arbeiter, bei einer Belegschaftsstärke von 35 Angeordneten und 512 Arbeitern. Dies ist unter den Parteien außer Streit.

Den bestehenden Zustand hält der Antragsteller für ungesetlich und beantragt daher zunächst, das Gewerbegericht als vorläufiges Arbeitsgericht wolle im Beschlußverfahren die Berufung eines vorläufigen Betriebsrats vornehmen; später formulierte er diesen Antrag auf Feststellung, daß das Arbeitsverhältnis des Antragstellers und der übrigen anlässlich des Streiks ausgeschiedenen Betriebsratsmitglieder als nicht gelöst zu gelten habe und der Betriebsrat bzw. der Arbeiterrat in seine alten Rechte einzusetzen sei. Der Antrag verlangt ferner die Anordnung einer Neuwahl des Betriebsrats und die Berufung eines vorläufigen Betriebsrats.

Die Antragsgegnerin beantragt, die Anträge des Antragstellers als formell unzulässig und sachlich unbegründet abzuweisen. Das Gewerbegericht als vorläufiges Arbeitsgericht erachtet sich in vorliegendem Rechtsstreit nur insoweit für sachlich zuständig, als über die Einrichtung, Zuständigkeit und Geschäftsführung der Betriebsvertretung Streitigkeit zwischen den Parteien besteht (§ 93 Ziffer 3 B.R.G. in Verbindung mit Artikel 1 § 1 Ziffer 5 und § 2 der Schlichtungsverordnung vom 30. Dezember 1923, § 5 der Ausführungsverordnung vom 10. Dezember 1923 zur Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923). Es hat daher lediglich die Frage zu entscheiden, ob bei dem Antragsteller und dem mit ihm am 26. August 1925 aus dem Betriebe der Antragsgegnerin ausgeschiedenen, dann aber wieder ins gleiche Arbeitsverhältnis eingetretenen Betriebsratsmitgliedern ihr Betriebsratsamt durch ihren Austritt erloschen ist oder noch fortbesteht.

Es kann nun keinem Zweifel unterliegen, daß an sich durch Beendigung des Arbeitsverhältnisses auch die Amtsdauer eines Betriebsratsmitgliedes aufhört (§ 39 B.R.G.). Es ist aber auch hier davon auszugehen, daß es sich bei der von dem Antragsteller und einem Teil der Belegschaft am 26. August 1925 durchgeführten Arbeitsniederlegung ebenso um eine Kampfmaßnahme handelt, wie die infolge der Lohnstreitigkeiten in der Textilindustrie veranlaßte Aussperrungsankündigung durch die Antragsgegnerin eine solche ist. Nach dem Spruche des Reichsarbeitsministeriums vom 2. September 1925 sollten nun alle beiderseitigen Kampfmaßnahmen zurückgezogen werden. Die Antragsgegnerin hat auch dieser Entscheidung Rechnung getragen und die streitenden Belegschaftsmitglieder wieder eingestellt. Nach herrschender Ansicht, der sich auch das erkennende Gericht anschließt, gilt aber, wenn das Ausscheiden der Betriebsratsmitglieder lediglich in Kampfmaßnahmen seine Ursache hat, und diese Kampfmaßnahmen mit der Wiedereinstellung der ausgeschiedenen enden, die Amtsdauer der Mitglieder des Betriebsrats als nur unterbrochen und die Unterbrechung durch die Wiedereinstellung als befristet (vgl. Karle des Arbeitsrechts von Dr. Kalle, Karte: Betriebsrat, Amtsdauer).

Der Antragsteller und die übrigen seinerzeit ausgeschiedenen, nunmehr aber wieder bei der Antragsgegnerin eingetretenen Betriebsratsmitglieder haben also ihr Betriebsratsamt von neuem aufzunehmen, ohne daß es einer besonderen Einsetzung in ihre Rechte, wie der Antragsteller meint, bedarf.

Nur insoweit ist also der Antrag begründet. Die übrigen gestellten Anträge sind dagegen als unzulässig abzulehnen. Für eine Feststellung, ob das Arbeitsverhältnis des Antragstellers und der übrigen anlässlich des Streiks ausgeschiedenen Betriebsratsmitglieder als gelöst anzusehen sei, ist nicht die Beschlußkammer des hiesigen Arbeitsgerichts, sondern allenfalls das Gewerbegericht als solches zuständig, wie die Antragsgegnerin zutreffend hervorhebt.

Ebenfalls ist die vom Antragsteller — zuletzt allerdings offenbar nur als Eventualantrag — begehrte Berufung eines vorläufigen Betriebsrats durch das Arbeitsgericht nicht möglich, weil die Voraussetzungen dafür nach § 43 B.R.G. wäre, daß überhaupt kein Betriebsrat mehr besteht, während in vorliegendem Falle bei der Antragsgegnerin noch eine Betriebsvertretung vorhanden ist, wenn diese auch nach ihrer neuerdings vorgenommenen Ergänzung durch Ersatzmitglieder in ihrer Zusammensetzung nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften der §§ 15 und 16 B.R.G. entspricht. Der zweite Eventualantrag ist nach § 42 B.R.G. verbunden mit § 23 Abs. 1 und 2 formell unzulässig, da eine Entscheidung hierüber nicht zur Zuständigkeit des vorläufigen Arbeitsgerichts gehört.

Es ist deshalb, wie gesehen, erkannt worden. Die Entscheidung ist endgültig.

Auch Du bist verpflichtet, für den Deutschen Textilarbeiterverband Mitglieder zu werben!

stündiger Verhandlung ein Schiedspruch gefällt, der die Gültigkeit des Lohnabkommens vom 22. Juli 1925 bis auf weiteres verlängert. Es bleibt nach dem Spruch bei der vierwöchigen Kündigungsfrist mit der Maßgabe, daß die Kündigung zum Schluß der letzten Woche im Monat erfolgen muß.

Diese Regelung gilt für sämtliche sieben Bezirksgruppen. Das Ergebnis kann die schlesischen Textilarbeiter, die sowieso ziemlich an letzter Stelle mit ihren Löhnen stehen, natürlich in keiner Weise befriedigen. Eine tariflose Zeit muß aber unter allen Umständen verhindert werden, weil es den Arbeitgebern nur recht sein könnte, die sogenannten Zwangstarife abzuschütteln.

Einzelne dieser Herren geben sich sowieso jetzt schon die größte Mühe, die Arbeiter unter Androhung von Betriebsstilllegung zum Arbeiten unter Tariflohn zu bewegen, wie das in Schömburg bei Landeshut bereits geschehen ist.

Deshalb Kollegen! Haltet die Augen offen! Laßt euch bei euren erbärmlichen Löhnen nicht noch auf einen teilweisen freiwilligen Verzicht eures Lohnes ein. Es gilt jetzt vor allen Dingen die Tarife zu halten und die Organisation noch weiter auszubauen, um bei guter Konjunktur nachzuholen, was jetzt angeht der Krise nicht möglich ist.

Die Gauleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Kommunistische Konfusion.

In Nr. 266 des kommunistischen Chemnitzer „Kämpfer“ vom 17. November schwadroniert ein Kommunistenlärme namens Paul Berg über den Leitartikel unserer Agitationsnummer. Er meint, es stände in dem Artikel nichts vom Klassenkampf — Taktik und Ziel der Wirtschaftsfriedlichkeit resp. der gelben Organisationen aus der Vorkriegszeit werde den Arbeitern empfohlen. Dabei zitiert man einige Sätze und schließlich stellt Berg der Forderung der Wirtschaftsdemokratie die Forderung gegenüber: Schaffung einer einheitlich geschlossenen Front und Anwendung des schärfsten Klassenkampfes.

Der ganze Artikel wäre an sich nicht wert, irgendwie beantwortet zu werden. Bei den Unklarheiten, die jedoch in manchen Landesteilen über kommunistische Taktik und Methode anzutreffen sind, empfiehlt es sich zu sagen, daß in dem Artikel allerdings sehr vieles, was wichtig ist, nicht steht. Es gibt keinen Artikel, in dem alles, was die Arbeiterbewegung bewegt, Platz finden könnte. Das Ziel der Wirtschaftsdemokratie ist so alt wie die Arbeiterbewegung selbst. Die Namen und Bezeichnungen haben gewechselt, das Ziel aber ist geblieben. Das, was Berg entgegenstellen hat, nämlich Anwendung des schärfsten Klassenkampfes, ist überhaupt kein Ziel, sondern Mittel zur Erreichung des Zieles. Das Mittel des Klassenkampfes ist für den Gewerkschaftler selbstverständlich gegeben, und nur gewerkschaftliche Kämpfe können der Meinung sein, daß das immer und immer wieder betont werden müsse. Wenn das Ziel der Wirtschaftsdemokratie Ziel der Gelben ist, dann ist es doch sonderbar, daß der Grimmtölpel Streik, mit dem Schreiber dieses so eng verbunden war und der neben anderem auch ein Stück Wirtschaftsdemokratie, nämlich die Anerkennung der Arbeiterausschüsse, herbeiführen sollte, die Ursache zur Gründung der gelben Organisationen im Jahre 1903 gewesen ist.

Es hat keinen Zweck, mit Leuten zu diskutieren, die Mittel und Ziel nicht auseinanderhalten können. Lassen wir sie schreiben; die Arbeiterbewegung wird bald erkennen, daß die in der Löwenhaut steckenden Berge und Konfessionen praktisch doch recht zahme Häschen sind.

Gewerkschaftliches.

Die Beisetzung Josef Glanzmanns erfolgte am Dienstag, den 9. Dezember, auf dem Friedhof in Lörrach (Stetten). Im Sinne des Verstorbenen fand sie in schlichter Weise statt. Eine Reihe von Verbänden und Vereinen hatte Delegationen entsandt. Für den Zentralverband legte Kollege Wapner-Lörrach, der die Grabrede hielt, einen prachtvollen Kranz nieder. Ferner waren Kränze gewidmet von der Filiale Leipzig, der Gauleitung Stuttgart, der Kollegenarbeit Lörrach und anderen örtlichen Korporationen. Unter dem Gesange wurden auch Vertreter des badischen Arbeitgeberverbandes bemerkt. Die badische Arbeiterbewegung wird das Andenken Glanzmanns in Ehren halten.

Berichte aus Fachkreisen.

München-Glabach. — Textilarbeiterkonferenz. Am Sonntag, den 22. November, fand eine Bezirksvorstände- und Funktionärskonferenz statt. Wissenswerte Tagesfragen standen zur Erörterung. Im besonderen wurde die Frage behandelt: „Was geht im Unternehmerlager vor und wie schützt sich die Textilarbeiterschaft vor diesen Angriffen?“ Die Kollegen Vater-M.-Glabach und Böhm-Mann-Barmen machten hierzu mit Beifall aufgenommene Ausführungen. Einleitend wurde die Frage der Referenten zeigten sie die Entwicklung der Unternehmerorganisationen durch folgende Zahlen:

Im Jahre 1924 waren der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände angeschlossen:

1. Fachverbände: 45 Reichsverbände, 46 Bezirksverbände, 14 Ortsverbände und 555 Unterverbände.

2. Gemischte Verbände: 34 Bezirksverbände, 51 Ortsverbände, 713 Unterverbände, insgesamt 1458 Verbände. Für die Textilindustrie kommen hier von 139 Verbände in Betracht. — Hierzu kommen dann noch der Reichsverband der deutschen Industrie, der Reichsverband des deutschen Handwerks, die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels und der Zentralverband des deutschen Großhandels. Dieser gemäßigten Organisation der Industrie des Handwerks und des Handels steht die Arbeiterbewegung zum Teil mit Organisationen zersplittert, zum Teil indifferent gegenüber. Die Anfänge der Arbeiterbewegung im engeren Bezirk reichen bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. 1848 wurde beispielsweise in Krefeld durch Vermittlung der Handelskammer und des Gemeinderats eine Lohnliste vereinbart. 1860 entstand die Weberunion mit etwa 1800 Mitgliedern. Am 29. März 1891 wurde die Gründung eines Industrieverbandes unter dem Namen „Verband aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“ vollzogen. Dieser damals gegründete Verband ist der heutige Deutsche Textilarbeiterverband. Mit 3500 Mitgliedern im Jahre 1891 begonnen, ist er heute die stärkste Textilarbeiterorganisation und somit die beste Interessensvertretung der Textilarbeiterschaft. In der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie sind etwa 16 Proz. der werktätigen Bevölkerung Deutschlands beschäftigt. Diese beiden Gruppen werden vom Baugewerbe, der Nahrungsmittelbranche und vom Maschinenbau überflügelt. Gemessen an der Beschäftigungszahl, ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter gering. Wenn man dem aber noch die bis an die Zähne gewappnete Unternehmerorganisation entgegenstellt, dann muß man sich wohl die Frage vorlegen: Werden die arbeitereindlichen Bestrebungen des Unternehmertums rechtzeitig unterbunden werden können? Werden die Angriffe auf Befreiung des kollektiven Arbeits- und Lohnvertrages dem Unternehmertum gelingen? Wird ein weiterer Ausbau der Sozialgesetzgebung mit entsprechendem Ausbau des Schwangerschutzgesetzes möglich sein? Die Unternehmer wollen keine Betriebsdemokratie, sie wollen allein Betriebe und Wirtschaft und somit auch die Arbeiterbewegung beherrschen. Das Unternehmertum kämpft gegen die gesellschaftliche Festlegung des achtstündigen Arbeitstages. Die perestroika Wirtschaftspolitik der Unternehmer hat auch

eine ungeheure Verteuerung der Lebens- und Gebrauchsgegenstände verbunden mit Arbeitslosigkeit, zur Folge gehabt.

Ein Diskussionsredner verwies darauf, daß Hilfe von der Arbeitgeberseite nicht zu erwarten sei. Die Selbsthilfe sei das Gegebene: Zusammenschluß im Deutschen Textilarbeiterverband. Der einmütigen Wille der Vorstände- und Funktionärskonferenz fand in nachstehender Entschließung seinen Niederschlag:

„Die am 22. November 1925 in M.-Glabach zahlreich versammelten Bezirksvorstände und Funktionäre der Filiale M.-Glabach, Rhodt und Umgebung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, sind der einmütigen Auffassung, daß für die Zukunft durch intensive Agitation und Propaganda der Boden zur Stärkung des Deutschen Textilarbeiterverbandes und damit zur weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Textilarbeiterschaft, bereitet werden muß. Weil nur durch weitere Stärkung unseres Verbandes als zahlenmäßig stärkste Textilarbeiterorganisation dem Machtstandpunkt der Unternehmer Fesseln angelegt werden können, ist die Konferenz der Ueberzeugung, daß kein Funktionär Agitationsarbeit fernbleibt. Rege und fleißige Agitation in den Kreisen der Unorganisierten und der gewerkschaftlich unversicherten, ist jedem Verbandsmitgliede erste Pflicht.“

Inbesondere fordern die Versammelten die in den Betrieben gewählte gesellschaftliche Betriebsvertretung auf, ebenfalls im Sinne des Aufstieges unseres Verbandes zu wirken und in ihrer Tätigkeit im Betriebe dafür zu sorgen, daß die Unorganisierten dem Deutschen Textilarbeiterverband als Mitglieder beitreten.“ Zusammengefaßt: es darf für die Textilarbeiterschaft kein Zurück, es darf nur ein „Vorwärts“ geben.

Zeulenroda. Am Sonnabend, den 24. Oktober, konnte die Filiale Zeulenroda des Deutschen Textilarbeiterverbandes das Jubiläum des 32jährigen Bestehens feiern. 3200 Kollegen war es vergönnt als Gründer an der Feier teilzunehmen und auf eine 32jährige Mitgliedschaft zurückblicken zu können. Ein Kollege konnte das 29jährige und einer das 25jährige Jubiläum feiern. Die ersten Stunden des Abends trugen rein künstlerischen Charakter und wurden alle Vorführungen mit großem Beifall belohnt. Besonders hervorzuheben zu werden verdienen die vorzüglichen Leistungen der Arbeiterlänger, die Schlußszene aus Toller's „Wandlung“ und die rhytmischen Tänze der Turnerinnen, die alle sehr beifällig aufgenommen wurden. Der Kollege Gauleiter Bretschneider aus Gera hielt die Festrede. Er verwies auf die Entwicklung des Deutschen Textilarbeiterverbandes und welchen Anteil die Filiale Zeulenroda in frühesten Zeit an dieser genommen. Ein freudiges Leuchten ging über die Züge der alten Veteranen als der Kollege Bretschneider auf die überwundene Krise in der Filiale Zeulenroda hinwies und den gesunden schnellen Aufstiege nach dieser beleuchtete. Brauender Beifall belohnte die Ausführungen des Kollegen Bretschneider. Die 14 Jubilare wurden mit kleinen Andenken, die mit Widmungen versehen waren, geehrt. Kollege Werner dankte im Namen der Jubilare für die Ehrungen und forderte alle Anwesenden auf, das stolze Gebäude des Textilarbeiterverbandes durch Gewinnung des letzten Mannes zur Organisation zu beschützen und ausbauen zu helfen und dieser die Treue zu bewahren, damit auch sie in absehbarer Zeit an dieser Stelle geehrt werden können. Auch nach diesen Worten ging eine stürmische Zustimmungskundgebung durch den überfüllten Saal. Der übrige Teil des Abends wurde bei Musik und Tanz im gefelligen Beisammensein verbracht. Mögen alle an diesen Abend vorgebrachten Wünsche in Erfüllung gehen zum Nutzen der Organisation und der Textilarbeiter. Den Jubilaren übermitteln wir die herzlichsten Glückwünsche und hoffen, daß sie alle noch recht lange in unseren Reihen tätig sein können.

Rheine. (Textilarbeiterlos.) Infolge eines schrecklichen Betriebsunfalles verschied unser Kollege August Winnemöller. Kollege Winnemöller wurde von einem Treibriemen erfaßt und drei Minuten lang mit un der Transmissionswelle geschleudert. Unser bedauernterwerter Kollege wurde buchstäblich in Stücke gerissen; beide Arme ausgerissen, beide Beine bis an den Knien weg und das Gesicht, bis auf einen kleinen Teil des Hinterkopfes, völlig fortgerissen. Solchen Gefahren sind die Textilarbeiter ausgesetzt.

Literatur.

Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik. 2 Bände. Waller-Verlag, Berlin. 1924. Beide Bände kart. 7,50 Mk., Halbleinen 10,20 Mk.

Zum Kampfe um das Reichsschulgesetz zu Artikel 146 der Reichsverfassung. Von Dr. R. Löwenstein. Preis der Agitationsausgabe 0,40 Rmk., der kartonierten Ausgabe 0,60 Rmk. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30.

In dieser soeben erschienenen, überaus instruktiven Schrift werden von dem bekannten Schulpolitiker zunächst Enttiefung und Bekanntwerden des Reichsschulgesetzentwurfes aus der Zeit deutschnationaler Ministerschaft geschildert. Nicht ohne scharfe Ironie stellt der Verfasser die nach wie vor drohenden Gefahren dieses reaktionären Machtwortes heraus, das unter einer Fülle schleimiger Redensarten die Schule wieder denen ausliefern möchte, deren Domäne sie bis zur Revolution gewesen.

Während das erste Kapitel eine kritische und zugleich einführende Darstellung der Schule in der Reichsverfassung bringt, umreißt der zweite Teil prägnant und positiv die Bedeutung der weltlichen Schule als Keimzelle der neuen Gesellschaft. Hierbei werden gründlich die böswilligen Verleumdungen der Reaktion über den Charakter der weltlichen Schule zerpflegt.

Rätsel.

Rösselsprung.

	wi-	scheins	de	ben	
gwing	fen	fre-	jes	des	bi-
ber-	im	des	te	ob	sei
eln	wir-	schaf-	ob	stos-	land
nen	ben	gaw-	ler	mit	im
	ab-	dei-	le-	ber-	

Richtige Lösung des Rösselsprungs von Nr 49 des „L.“ fanden noch ein:

Charlotte Müller, Leipzig-Kleinschöcher, Oswald Buhl, Grenz-dorf (Sergebirge), Richard Wolf, Ronneburg/Th., Hans Borggold, Leipzig, Georg Hertel, Göhring i. Th., Gertrud Rummel, Ditters-hoch, Paula Laude, Rottbus, Paul Ljeme, Plauen i. Vogt., Anna Vogt, Friedland, Bez. Breslau, Arthur Böhmman, Stuttgart, Irma Schüler, Neumünster, Eugen Schent, Stuttgart, Hugo Vog, Neumünster, Erna Tadt, Neumünster, Richard Rudhard, Wirsberg, Ernst Hoberg, Schlotheim.

Das Hauptkapitel des Werkes endlich beschäftigt sich mit dem Schicksale des Reichsschulgesetzentwurfes selbst, dessen einzelne Paragraphen zitiert und vom Standpunkt der verfassungsmäßigen Bestimmungen sowie der Volksschule einer gründlichen kritischen Besprechung unterzogen werden. Die absolute Sachbeherrschung Löwensteins, der als Reichs-Vorsitzender der sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen und der Kinderfreundebewegung sowie als Reichstagsabgeordneter und praktischer Schulverwaltungsbeamter an führender Stelle im Kampfe um die geschichtlich notwendige Entwicklung der Schule steht, macht das Studium seiner Schrift sowohl zum Genuß wie zur Notwendigkeit für verantwortungsbewusste Eltern, Lehrer und Kulturpolitiker. Ueberhaupt wird jeder ernsthabende Mensch sie mit Vorteil lesen: Jeder Sozialist muß sie gelesen haben!

Endlich ein gutes Jugendbuch! Ein köstliches Buch! Ein Jugendbuch in des Wortes bester Bedeutung. Schon die originelle Aufmachung verrät, daß es sich hier um etwas ganz besonderes handelt. Und der Inhalt erfüllt noch viel mehr, als das Äußere ohnehin schon verspricht. Peter Stoll, ein Kinderleben von ihm selbst erzählt. So heißt das neue Buch und Carl Danz hat es geschrieben. — Was dieser Peter Stoll alles aus seinem einfachen Leben in urwüchsigstem, ungetüfteltem Jungenjargon zu erzählen weiß! Von seinen Freuden und Nöten, von seinen Abenteuern und Jungensstreichen, von der ganzen Erlebniswelt des Kindes aus dem Fabrikdorf der Großstadt plaudert er. Und das ist bei aller Natürlichkeit so seltsam und wunderbar wie in den abenteuerlichsten Geschichtsbüchern.

Dieses neue Dieh-Jugendbuch ist ein kleines Kunstwerk und Max Graef hat es verstanden, ihm ein originelles Gewand zu geben und den Inhalt mit köstlichen Zeichnungen zu beleben. Das Buch wird — des sind wir gewiß — die Herzen der Jugend im Sturm erobern. In originellem Einband 2,40 Mk. Verlag J. H. W. Dieh Nachf., Berlin SW 68.

Taggart, Wm. Scott: Betriebsleitung der Baumwollspinnerei. Ueberlegt und bearbeitet von Wilhelm Bauer. VIII und 280 Seiten. Oktav. 1925. München, R. Oldenbourg. Geb. 11,50 Mk., Gewicht 650 Gramm. Inhalt: I. Baumwolle. II. Baumwollballen. III. Mischung. IV. Ballenöffner. V. Rastenspeiser. VI. Doffner und Schlagmaschine. VII. Die Krenpel. VIII. Die Strecken. IX. Kämmmaschine und Vorbereitung. X. Vorspinnerei, Spulbänke. XI. Die Selbstspinner oder Selsaktoren. XII. Die Ringspinnmaschinen. XIII. Zwirnmaschinen. XIV. Unterfudungen. XV. Anhang. XVI. Nützliche Angaben. Das vorliegende Buch enthält eine Zusammenstellung der aus der Praxis des Verfassers hervorgegangenen Erfahrungen im heutigen Spinnereibetrieb. Es ist für den Kreis derjenigen Praktiker bestimmt, die verantwortliche Stellen in der Baumwollspinnerei innehaben. Nicht die Technik der Baumwollspinnerei wird hier behandelt, sondern in erster Linie eine Ummenge Material über den Betrieb der Baumwollspinnerei zusammengestellt, das häufig nur zerstreut und vereinzelt zu finden ist, und dessen Zusammenfassung und auch wiederholtes Lesen für jeden Spinnereischmann von Bedeutung ist. Es wird daher die Kenntnis der verschiedenen Maschinen und ihrer Einzelteile vorausgesetzt. Dagegen wird besonders hingewiesen auf zeitgemäße, wie auf unwirtschaftliche und veraltete Spinnereinrichtungen, auf Betriebsleistungen wie sie sind und wie sie sein sollen, auf gute und auf nachlässige Arbeiter. Ein Spinnereibetrieb umfaßt so viele Einzelheiten, daß es fast unmöglich erscheint, sie alle in einem Buche, von diesem Umfang zusammenzufassen. Trotzdem ist hier mit glücklicher Hand ein Buch geschaffen, in dem der Betriebsleiter alle Angaben findet, die für ihn von Bedeutung sind. — Wir können die Anschaffung des Buches vor allen Dingen den Betriebsräten in den Baumwollspinnereien empfehlen.

Im Turmberg-Verlag, Karlsruhe, ist eine Serienreihe Jugendbücher erschienen, die geeignet sind allen Jungen und Mädchen als willkommenes Weihnachtsgeschenk zu dienen. Die Bücher sind von Prof. Dr. Max Dreßler bearbeitet und neu herausgegeben und sämtliche mit farbigen Originalillustrationen versehen. Nachstehend seien die Bücher selbst namentlich aufgeführt.

Als erstes ist zu nennen „Andersens Märchen“. Ein Buch ausgewählter Märchen des bekannten und beliebten dänischen Märchenbüchters H. C. Andersen. Des weiteren die schönen „Märchen der Brüder Grimm“, die alle Kinder ja so gerne lesen. Händel und Gretel, Frau Holle, Das tapfere Schneiderlein, Die Bremer Stadtmusikanten und verschiedene andere der bekanntesten Märchen enthält dieses Buch. Auch „Till Eulenspiegels Schnurren und Schwänke“, die lustigen Geschichten und Aufzählungen der Tollheiten Till Eulenspiegels, des Wunderkinds aus dem hellen Sachsenlande, sollen nicht unerwähnt bleiben. Das Buch ist geeignet, die Gemüter unserer Buben und Mädel froh und heiter zu stimmen. Herzlichst lachen muß ein jeder, wenn er liest, wie Till Eulenspiegel Eulen und Meerkatzen backt, wie er im Bauche eines Pferdes sitzt, einen Pferdehändler foppt und dertel Streiche mehr. „Robinson Crusoes Abenteuer auf einer einsamen Insel“ sowie „Münchhausens Abenteuer zu Wasser und zu Lande“ fehlen natürlich auch nicht. Die Geschichten des Berggeistes der Sudeten „Rübezah!“, die orientalischen Märchen der „Tausendundeine Nacht“, G. B. Schwabs schöne „Deutsche Sagen“ und „Reineke Fuchs“, das Buch der Tierfabeln und -sagen, beschließen den Reigen.

Alles in allem, eine Serie guter Jugendbücher, die jedem bestens zu empfehlen sind.

Die Bücher können durch unsere Verlagsbuchhandlung (Textil-praxis, Berlin D 34, Memeler Straße 8/9) bezogen werden. Der Preis für ein einzelnes Buch stellt sich auf 3,50 Mk. in Ganzleinen, 2,20 Mk. in Halbleinen und 0,95 Mk. kartoniert.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 20. Dezember ist der Beitrag für die 52. Woche fällig

Adressenänderungen.	
Gau Gera. Neustadt a. d. Orla. V: Karl Diesel, Döhlener Weg 2.	Aue. Walter Raumann, Streitwald; Walter Habermann, Vöb-nig.
Gau Liegnitz. Görlitz. Das Bureau befindet sich jetzt: Mittel-straße 36, Verwaltungsgebäude, Hof II. Etage, Zimmer 19 und 20. Fernruf 2411.	Bremen. Marie Bartosch.
	Eschwege. Elfriede Sandrod.
	Fürth. Johann Winkelbauer.
	Hamburg (Bezirk Altona). Johanna Gilszajnski.
	Rheine. August Winnemöller.
Apolda. Ditto März.	Thalheim. Paul Renatus.

P. Leis, Der Webstuhl kostet jetzt Mark 4,80
Textil-Literatur-Verzeichnis Mk. 1.— Verlangen Sie per Postkarte Preisverzeichnis gratis, über Kinder-Bilderbücher, Märchenbücher, Unterhaltungslektüre, Geschenkwerte in prächtigen Einbänden.
Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m. b. H.,
Berlin O 34, Memeler Straße 8-9.

Verlag: Carl Köhler in Berlin, Memeler Str. 8/9. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßler in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer & Co. in Berlin.